

## Europäische Politik in stürmischen Zeiten

### **Pressemitteilung: Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier über europäische Politik und Gründe seiner Reise nach Teheran**

Berlin, 16. Oktober 2015:

Am Donnerstagabend sprach Außenminister Steinmeier vor internationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Berlin zur Lage der europäischen Politik. Ein Schwerpunkt lag dabei auf dem Syrienkonflikt, der Anlass seiner heutigen Abreise in den Iran und nach Saudi-Arabien ist. Ziel der Reise ist es, zwischen beiden Ländern zu vermitteln und durch eine Entspannung der Lage in Syrien auch Fluchtursachen zu bekämpfen. Das militärische Eingreifen Russlands in Syrien habe die Lage verkompliziert, aber neben Russland und den USA müssten vor allem Iran und Saudi-Arabien an einen Tisch gebracht werden. Flucht und Migration sowie die Weiterentwicklung der Währungsunion sieht Steinmeier als die beiden großen politischen „Kraftproben“ in Europa.

„Eurokrise und Flüchtlingskrise, zwei Schlaglichter, ein Befund: Europa steht am Scheideweg. Zwischen einem Kontinent, auf dem Schlagbäume, Zäune und nationale Egoismen wieder aufgehen. Oder einem Kontinent, der zusammenhält und zusammen handelt: durch die Weiterentwicklung der Währungsunion, mit einer echten europäischen Asylpolitik, und im Kampf gegen Fluchtursachen in unserer Nachbarschaft. Entweder wir gehen voran in Richtung mehr Europa, oder wir riskieren den Rückbau unseres gemeinsamen Hauses“, sagte der Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier am Donnerstagabend auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Progressiven Zentrums zum Thema „Europäische Politik in stürmischen Zeiten“ im Restaurant „Gendarmerie“ am Berliner Gendarmenmarkt.

Der Außenminister sprach vor etwa 200 geladenen Gästen, darunter Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 20 EU-Ländern, Abgeordnete aus dem Bundestag und dem Europäischen Parlament sowie Vertreter aus der Zivilgesellschaft.

Im Zusammenhang der Flüchtlingskrise ging Steinmeier auf den Syrienkonflikt ein. Das neue militärische Engagement von Russland in Syrien habe „die Komplexität für die Lösung noch erheblich erhöht“, diese sei nun „noch schwerer geworden“. Steinmeier führte weiter aus: „Aber das ist auch nicht die ganze Wahrheit: Wir müssen nicht nur Russland und die USA an einen Tisch bringen, was ihre militärischen Aktivitäten in Syrien angeht, sondern vor allem Saudi-Arabien und Iran, die ihren tiefen Spalt überwinden müssen. Wir brauchen beide Partner, damit eine Perspektive für eine politische Lösung in Syrien überhaupt entstehen kann.“

Der Außenminister nutzte seine Rede vor Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus EU-Ländern auch

dazu, die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Währungsunion zu fordern: „Die Länder der Eurozone haben durch die gemeinsame Währung ihre volle Souveränität über die Haushalts- und Wirtschaftspolitik verloren. Das zuzugeben fällt vielen schwer.“ Umso wichtiger sei es, betonte Steinmeier: „Wo nationale Souveränität verloren geht, müssen wir europäische Souveränität zurückgewinnen.“ An der Weiterentwicklung der Währungsunion führe daher kein Weg vorbei. Allerdings müssten mehr europäische Eingriffsrechte auch von mehr „demokratischer Legitimität“ begleitet werden: „Die Zukunft der Eurozone darf kein ordnungspolitischer Tempelbau sein. Die Eurozone wird nicht nur aus Regeln, sie wird immer auch aus Politik bestehen.“

In seiner Begrüßung betonte Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass „keine der aktuell außerordentlich großen Herausforderungen in der Außenpolitik mit nationalstaatlichen Mitteln allein bewältigt werden kann. Deutschland muss sein Gewicht dafür einsetzen, gemeinsame europäische Lösungen für gemeinsame Probleme zu entwickeln.“ Dominic Schwickert, Geschäftsführer des Progressiven Zentrums, schloss daran an und betonte die Bedeutung eines flankierenden zivilgesellschaftlichen Dialogs in und für Europa: „Um innerhalb der EU wieder zu einer positiven öffentlichen Dynamik zu gelangen, sollten die politischen Verhandlungen auf Regierungsebene künftig stärker von parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Verständigungs- und Austauschprozessen begleitet werden. Dazu will der heutige Abend einen ersten wichtigen Beitrag leisten.“

---

Die [Friedrich-Ebert-Stiftung](#) ist die älteste und größte politische Stiftung in Deutschland. Sie feiert in diesem Jahr ihr 90-jähriges Bestehen.

Das [Progressive Zentrum](#) ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Berliner Think Tank, der 2007 gegründet wurde. Ziel ist, gemäß dem Dreiklang „Vordenken – Vernetzen – Streiten“ fortschrittsorientierte Politikideen in die öffentliche Debatte in Deutschland und Europa zu bringen.

*Kontakt:*

Hannes Alpen  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse  
Hiroshimastr. 28  
D-10785 Berlin  
Tel: 030 269 35 7708  
Fax: 030 269 35 9248  
[hannes.alpen@fes.de](mailto:hannes.alpen@fes.de)

Philipp Sälhoff  
Das Progressive Zentrum e.V.  
Leiter des Bereichs „Europa & die Welt“  
Werftstr. 3  
D-10557 Berlin  
Tel: +49.30.40054255  
Mobil: +49.176.63324342  
[ps@progressives-zentrum.org](mailto:ps@progressives-zentrum.org)